

Der Deutschen Habseligkeit



Im Jahr 2004 wurde festgestellt, "Habseligkeit" sei das schönste deutsche Wort. "Habseligkeit" verbinde das weltliche Haben mit dem unerreichbaren Ziel des menschlichen Glücksstrebens, hieß es. "Habseligkeit" ist das Ergebnis eines internationalen Wettbewerbs, den der Deutsche Sprachrat und das Goethe-Institut veranstaltet hatten. Zur Jury gehörten u.a.: Erik Bettermann (Intendant der Deutschen Welle); Prof. Ludwig Eichinger (Direktor des Instituts für Deutsche Sprache), Volker Finke (Trainer SC Freiburg), Prof. Rudolf Hoberg (Vorsitzender der Gesellschaft für deutsche Sprache), Gerda Hollunder (Programmdirektorin DeutschlandRadio Berlin), Prof. Jutta Limbach (Präsidentin des Goethe-Instituts), Fritz Pleitgen (Intendant des WDR Köln), Joseph Vilsmaier (Filmregisseur, u.a. "Stalingrad"). (Foto: Prothesensammlung im KZ Auschwitz, Staatliches Museum Oswiecim, Polen)

To the permanent members
of United Nations' Security Council
- France
- United Kingdom
- Russia
- United States of America
- People's Republic of China



August 1, 2004

Dear permanent members
of the United Nations' Security Council,

It is with great worry that we watch the amplified efforts of our government, the government of the Federal Republic of Germany, to attain support for the effort to achieve a permanent seat in the Security Council of the United Nations.

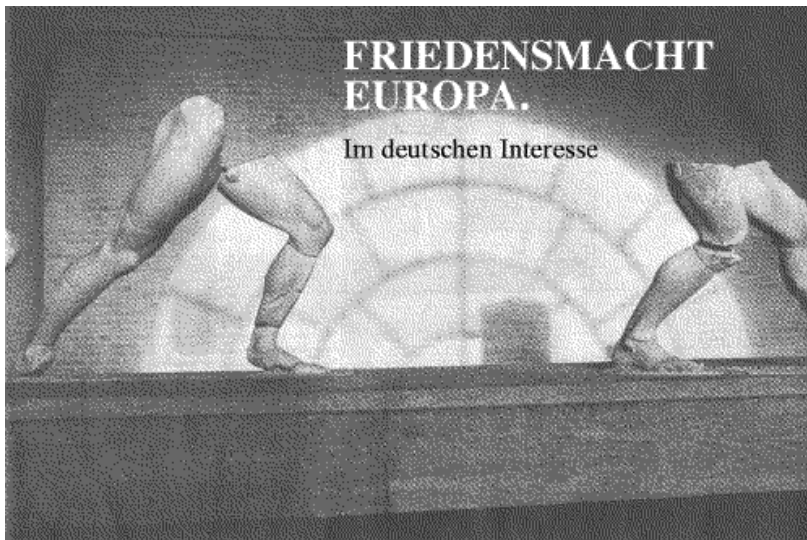
The UN Security Council unites the most important victors

[Brief An die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats \(deutsch\)](#)

[Letter To the permanent members of the United Nation's Security Council \(english\)](#)

Aus der Reihe sozialdemokratischer Feldpostkarten





Inhalt:

Gegen Rürup und Schmidt
Ein kostenloses staatliches Gesundheitswesen ist das Mindeste

Gesundheitsreform 2003:
Ein Konsens und seine Kosten

Gegen die Zerschlagung der noch vorhandenen Reste von
Volksgesundheit – Für ein proletarisches Gesundheitswesen im
Dienste des Volkes
**Sofortige Einführung eines kostenlosen staatlichen
Gesundheitswesens**

**Die Niedervereinerung eines funktionierenden
Gesundheitssystems**
Die Zerschlagung eines funktionierenden Gesundheitswesens durch
die Annexion der DDR

64 Seiten, 2 Euro

Zu beziehen über:
Verlag Das Freie Buch GmbH
Tulbeckstr. 4
80339 München
Telefon 089-54070346 –
Fax 089-54070348
FreiesBuch@aol.com



NEIN
zum Europa der
Deutschen!

JA zur
Internationale der
Arbeiter!

[Aufruf zum 1.Mai 2004](#)

[Ortsgruppe Bremen](#)

[Ortsgruppe](#)
[Frankfurt](#)

[Ortsgruppe](#)
[Hamburg](#)

[Ortsgruppe Köln](#)

[Ortsgruppe](#)

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Weg mit dem deutschen Militärdiktat im Gewande einer EU-Verfassung

[illegible]

In Europa, die deutsche Fremdwörterkunde sei nie den in-
ternationalen Europa nur wenige Feinde zählte. Die Arbeit
Fremdwörter erkennen und erklären sich letztlich als
Punkt der Sprache auf ökonomische und politische Ziele zu-
wenden. Die Arbeit ist ein Schlüssel zum Erfolg. Solche deutsche
Mittel der Fremdwörterkunde ist die wichtigste Methode für die
deutsche Literatur.

Modell Deutschland

Die Chemie-Lehrkraftin H. K. E. präsentierte oft als Aushilfslehrkraft an der AHS in der 11. Klasse. Sie war eine sehr kompetente und engagierte Lehrkraft, die ihre Schüler sehr gut betreute. Sie war eine sehr kompetente und engagierte Lehrkraft, die ihre Schüler sehr gut betreute.

DGB-Vorstand für ein deutsches Filialmitglied

[illegible]

- Im 19. und 20. Jhd. war die SPD die stärkste Partei in Preußen und galt als die Partei der Arbeiter und Bauern.

- Die **„Historienbewusstseins“-** und **„Kulturwissenschaften“** Welt haben immer die für sie wichtigste Maßung Maß (Epistemologie) oder Maßgebend nicht in eigenen Texten
- Das Mittelalter Deutschland war nie ganz „eigentlich“
- Das Mittelalter Deutschland – die Reformation und das Brechen des Katholischen Monarchismus?
- Das Mittelalter Deutschland – der Absolutismus (des 18. Jhd.) und das „Königreich des Spätmittelalters“

[illegible]

Abstract

Defensionsgesetz und deutsches Nitratkriterium

Im Gegensatz zu den EU-Standards für Nitrat, die sich auf die Konzentration in den aquatischen Ökosystemen beziehen, sind die Bestimmungen im neuen Defensionsgesetz (DfG) auf die Konzentration in der Luft und im Boden ausgerichtet. Das DfG enthält auch Bestimmungen zur Vermeidung von Nitratbelastungen in der Luft und im Boden. Die EU-Standards für Nitrat in der Luft und im Boden sind in der Richtlinie 90/269/EWG (Richtlinie über die Vermeidung von Nitratbelastungen in der Luft und im Boden) festgelegt. Diese Standards sind in der Richtlinie 90/269/EWG (Richtlinie über die Vermeidung von Nitratbelastungen in der Luft und im Boden) festgelegt. Diese Standards sind in der Richtlinie 90/269/EWG (Richtlinie über die Vermeidung von Nitratbelastungen in der Luft und im Boden) festgelegt.

Flugschrift der Kommunistischen Arbeiterzeitung zum
3. April 2004

4.2.2004: Flugschrift zur Tarifrunde und den Warnstreiks bei Metall:



Täterbeton

Nähme man von den Küchen der Niederen den Dunst nach Kohl, von den Kindern der Höheren die Locken, von den Vätern die Schienbeine und ihre harten Hinterhauttsschuppen, nähme man Knochen und Fleisch der Ungerechten, der sehr vielen, wie das Fleisch und die Knochen der Gerechten, der sehr wenigen, alles zusammen, nähme man Granaten und Gewehre und die erbärmliche Vaterlandsliebe und die elende Treue ihrer Weiber, nähme man alles das und das alles, und rührte den Dreck der Geschichte und des Völkermords, und die Geschichtsmacher und die Völkermörder und die Verführer und die Verführten, rührte sie zu Staub und mischte an diesem stillen Herbsttag vom "bei uns hat Zukunft Tradition" Zyklon B darunter, dazu die Gewißheit nichts werde vergessen und niemals - dann hättest Du einen Täterbeton, so glatt und ungerührt und so abstoßend wie er Dir notwendig erscheint für die Stelen des Holocaustdenkmals. Auch uns scheint ein dauerhafter Beton notwendig. Stattdessen stehen wir hier und fordern, es möge weitergebaut werden, weitergebaut auch mit schlechtem Material, jedes Material ist schlecht, über gutes verfügen wir gar nicht zu solch einem Zweck, aber weitergebaut dennoch, damit nicht die ganze Welt sich von uns abwendet geschüttelt von grauenhaftem Lachen.

Exekutivkomitee, 8.11.03.

Vorschlag für einen Orden wider die besseren Herren

Aus Anlass der von Frau Birthler angezettelten Diskussion um die sogenannte "Stasi"-Tätigkeit von Günter Wallraff, (und damit diese Diskussion nicht ausschliesslich unter Blockwartan und grossdeutschen Gewissensträgern geführt wird), möchten wir einen Vorschlag machen. Dass er angenommen wird ist unwahrscheinlich. Aber damit solche Vorschläge einmal doch realistische Vorschläge werden, machen wir ihn.

Es handelt sich um die Stiftung eines Ordens für Vaterlandsverräter. Wir hätten ihn den "Da-Bleiber-Orden" genannt. Er

könnte verliehen werden an diejenigen, denen man seinerzeit, - kaum sagten sie etwas Anständiges oder auch ganz einfach nur Vernünftiges -, schon zubrüllte: 'Geh doch nach drüben!'. Frau Birthler und Konsorten entdeckten ihr Heldentum erst in genau jenem Augenblick, als man garantiert keinen Mut sondern nur die von der CDU angelieferten schwarz-rot-goldenen Fahnen brauchte, um auf den Strassen von Leipzig "Wir sind ein Volk" zu kreischen. Der Da-Bleiber dagegen hat sich nie als Helden sehen wollen. Allenfalls mag ihn der Aufwand, der hierzuland getrieben werden muss, wenn einer auch nur ein bisschen anständig und vernünftig sein will, öfter einmal ermüdet haben. So ist er auch, trotz wiederholter Aufforderung, nie nach drüben gegangen und er verweigerte es, ein Volk zu sein. Der Da-Bleiber befand, man müsse das Unrecht dort bekämpfen, wo es entsteht und produziert wird: hierzulande, und auch mit schwachen Mitteln. Einige dieser wenig Erschütterlichen hatten Gelegenheit, Kontakt mit der DDR und ihren sogenannten Organen aufzunehmen. Das nützte der Demokratie in der Bundesrepublik (und gehörte zu den nicht ganz so schwachen Mitteln). Über Günter Wallraff etwa berichtet die Presse:

"Wallraff war nicht nur jener Hans Esser, der den Boulevardjournalismus von Bild als systematisches Vergehen gegen die Wahrheit entlarvte. Nein, der IM Wagner war ein ausgesuchtes Hass-Objekt der bürgerlichen Eliten, vor allem jener, die das Ende von 1945 kaum versehrt überstehen durften. Nach der Kapitulation vergingen fast zwei Jahrzehnte, ehe die Auschwitz-Prozesse endlich in Gang kamen. Der Leiter der Gestapo im Warschauer Ghetto, ein besserer Herr namens Ludwig Hahn, durfte nach dem Krieg unbehelligt wirken, passenderweise als Generalvertreter einer Lebensversicherung. Er hatte zwar zweihunderttausend Juden auf dem Gewissen, aber auch den Nato-General Steinhoff zum Schwager. Wallraffs Recherchen über den Wachmann Joseph Bölsche, den die DDR anklagte und nicht die Bundesrepublik, sorgten schliesslich für ein Gerichtsverfahren gegen Hahn und dessen Verurteilung. Die Akten dazu bekam Wallraff von der Hauptverwaltung X."(w. Winkler, SZ 9.9.03).

Deshalb, und weil die besseren Herren das "Drüben" eingesackt haben und nun versuchen jegliches Drüben für immer auszulöschen, deshalb also hielten wir es für angebracht, einen solchen Orden zu vergeben, einen Orden für Verdienste im Kampf um den Frieden, gegen deutschen Militarismus und Faschismus und für ein besseres Deutschland. Verliehe Grossdeutschland Orden an seine Vaterlandsverräter, wäre ein klangvollerer Name sicher passend. Da dies aber nicht zu erwarten steht, mag es vorläufig mit der Bezeichnung Da-Bleiber-Orden sein Bewenden haben. Sowie mit dem Hinweis, dass es keinen Grund gibt sich dafür zu schämen, mit dem besseren Deutschland und seinen Organen, darunter dem Ministerium für Staatssicherheit, zusammengearbeitet zu haben gegen diese Republik der besseren Herren, der Marinerichter, KZ-Architekten und Auschwitzentsorger. Wenig war so ehrenvoll wie gerade eine solche Tätigkeit.

Exekutivkomitee

11.09.2003



April 2003:



Arbeiter erkenne Deine Macht Gegen den Hauptfeind im eigenen Land

Nein - Zu einem Frieden, der zum Krieg führt
Nein - Zu den Hartz-Gesetzen

Nein - Zur Zerschlagung der Volksgesundheit

4.3.2003:

Die Wicken blühten. Die Hähne schwiegen betroffen.

Die Türen waren geschlossen. Die Dächer standen offen.

Josef Stalin starb vor 50 Jahren

Eines Morgens, und der wird bald sein, werden wir aufwachen, und es wird Krieg sein. Genau jener Krieg, über dessen Vorbereitung wir täglich bis ins unwichtigste Detail auf dem Laufenden gehalten werden. Und den wir uns dennoch, trotz aller Detailkenntnis, ebenso wenig vorstellen, wie wir uns etwa vorstellen mögen, wie das sein wird, wenn wir sterben. Dieser Krieg wird sehr schnell unsere Vorstellungskraft und unsere Fähigkeit zum Leiden übersteigen. Er wird nicht auf ein Land, (den Irak) begrenzt sein. Er wird die ganze Welt in Brand stecken. Schutz suchend in den Kellern und Trümmer unserer Häuser, auf Panzern fahrend, in Schützengräben liegend, unbeirrbar unsresgleichen tötend, werden die Überlebenden sich am Ende vielleicht doch einmal fragen, warum es soweit hat kommen müssen, zum dritten Mal, und ob es da wirklich nichts gegeben hätte, das wir auch hätten anders machen können.

[...weiter...](#)

September 2003:

Tarifrunde 2004 Die Kampfkraft stärken!

Die Tarifrunde 2004 steht vor der Haustür. Es gibt keinen Grund, unter den Forderungen der letzten Tarifrunde zu bleiben. Im letzten Frühjahr gab es mächtig Druck aus den Betrieben, eine Million Metaller legten bei den Warnstreiks die Arbeit nieder. Viele VK forderten Lohnerhöhungen zwischen 10 und 12%, einige verlangten Festbeträge von 200 Euro und mehr. Insbesondere die Arbeiter in den Autokonzernen ließen sich nicht an die Leine legen.

Zur Erinnerung einige Forderungen aus dem Jahr 2002

Opel Bochum:	200 Euro
DaimlerChrysler Bremen	11 %, mind.500 DM
DaimlerChrysler Wörth	10,4%
BMW Berlin	10 %, mind.200 Euro
ZF Sachs Schweinfurt	12 %
Jungheinrich Hamburg	12 %
Bosch Rexroth Schweinfurt.	11,5 %
SKF Schweinfurt	11,2 %
MAN Augsburg	205 Euro
MAN Nürnberg	200 Euro
Siemens SBS Frankfurt	250 Euro
AEG Nürnberg	200 Euro
GKN Aerospace München	200 Euro
Bosch Waiblingen	10 % usw.

Es gibt keinen einzigen Grund, in diesem Jahr weniger zu fordern - im Gegenteil.

Nach dem Streikbruch im Osten muß die IG Metall jetzt Flagge zeigen und die Gelegenheit nutzen. Mit Fernsehauftritten, Pressekonferenzen und Fensterreden überzeugt die IG Metall weder die Arbeiter in den Betrieben noch wird sie von den Unternehmern etwas bekommen. Nur im Kampf können die Kolleginnen und Kollegen von der Notwendigkeit und Kraft einer starken IG Metall überzeugt werden. Und der Streik ist die einzige Sprache, die die Kapitalisten verstehen. Welches Lohnergebnis wir erzielen liegt ausschliesslich an unserer Kampfkraft. Dass wir kämpfen müssen, dafür ein paar Fakten:

"IG Metall-Vize Jürgen Peters kündigte eine Verschärfung der nächsten Tarifrunden an, sollte die Bundesregierung ihre ,einseitige Reformpolitik durchsetzen." (Süddeutsche Zeitung, 12.05.2003)

Die Regierung hat den Sozialraub verschärft durchgesetzt. Auf vielfachen Wunsch der Banken und Konzerne. Also muß bei ihnen zurückgeholt werden, was die Regierung der arbeitenden Klasse schon abgepreßt hat:

Gesundheitsverschlechterung	15,9 Milliarden Euro
Streichung Arbeitslosenhilfe	6,5 Milliarden Euro
Kürzung Bezugsdauer Arbeitslosengeld	3,8 Milliarden Euro
Tabaksteuer erhöht	3,0 Milliarden Euro
Rürups Rentenraub (geplant)	19,0 Milliarden Euro

Macht zusammen 48,2 Milliarden Euro.

Die gesamte Nettolohn- und Gehaltssumme aller Arbeiter und Angestellten beträgt derzeit etwa 580 Milliarden Euro jährlich. Die aufgeführten Sozialkürzungen betragen demzufolge 8,3% der Nettolöhne. Also wären schon 8,3% netto bzw. **11,3% mehr brutto notwendig**, um die genannten Kürzungen auch nur auszugleichen.

Weitere Lasten seit der letzten Tariferhöhung: Höhere Ökosteuer, gewaltige Preissteigerungen durch die Euro-Einführung, Druck auf Löhne und Tarife durch die Hartz-Gesetze mit der Ausweitung der Leiharbeit, befristete Einstellungen der Älteren ab dem 50. Lebensjahr, steigende Gebühren der Kommunen usw.

Forderungen von weit über 12% (oder mindestens 250 bis 300 Euro) sind das absolute Minimum zur

Tarifgruppe 2004	Wähler
-------------------------	---------------

[illegible]

0 0 0 0

DIE REGIERUNG BEDROHT EUCH

durch die
Hartz-Gesetze des staatlich organisierten Lohnraubs

durch die
Hartz-Gesetze des staatlich organisierten industriellen Leibeigenen

durch die
Hartz-Gesetze der Bezahlung von Lehrstellen durch die Arbeiterfamilien

durch die
Hartz-Gesetze der Aufhebung des Kündigungsschutzes und anderer Arbeiterrechte

durch die
Hartz-Gesetze, die dem Arbeitslosen und Sozialempfänger die Stütze rauben

[Text der Flugschrift](#) / [Vollständige Flugschrift \(60 kB\)](#)



Aufkleber



Preis zur Deckung der Unkosten jeweils 12 Euro für 100 Stück zu bestellen über:

Verlag Das Freie Buch GmbH
Tulbeckstraße 4, 80339 München
FAX: 089 54070348 Tel: 089 54070346



Email: FreiesBuch@aol.com

Denn Brutus ist ein ehrenwerter Mann

(Über das Zeitgemäße der Leichenrede, die Marc Anton auf Julius Cäsar hielt, nachdem der von seinem getreuen Brutus ermordet worden war)

Im September des Jahres 2002 gewann der ehrenwerte Gerhard Schröder die Bundestagswahl indem er ankündigte, seine Regierung werde einen Krieg der USA gegen den Irak unter gar keinen Umständen unterstützen. In dieser Frage kenne er keine Parteien mehr, da kenne er nur Gewissensträger. In dieser Frage sei er gezwungen den USA, Deutschlands engstem Freund auf der Welt, die Freundschaft aufzukündigen und auf deutschem Weg zu gehen. Mitglieder der Schröder'schen Regierung verglichen die Politik des US Präsidenten Bush sogar mit derjenigen Adolf Hitlers, was international zu Empörung, in der Bundesrepublik selber dagegen zu einem Aufwallen der Friedensseligkeit und zu Stimmengewinnen für die Sozialdemokratie führte.

Denn Brutus ist ein ehrenwerter Mann, Das sind sie alle, alle ehrenwert!

Die Empörung über die Barbarei der anderen ist rechtschaffen. Sie vertieft die Nachtruhe und das Einverständnis mit den Regierenden. Bundestagswahlen lassen sich mit solcher Rechtschaffenheit gewinnen. Der Friede läßt sich damit nicht gewinnen: Deutschland, das seit der Annexion der DDR groß und, wie es selber meint, nun endlich vollends ehrenwert geworden ist, fordert die USA bei jeder Gelegenheit und von Mal zu Mal deutlicher heraus. Eine Herausforderung die auf einen Krieg hinausläuft kann man auch mit Friedensschalmeien vorbringen. Man kann sie auch vorbringen mit der Drohung, man werde sich dem Irak-Krieg widersetzen. Der wird ja nicht deshalb so langwierig und unter voller öffentlicher Anteilnahme vorbereitet, um Herrn Saddam zu drohen. Sondern weil die öffentliche Auseinandersetzung darüber ob er geführt werden soll, die diplomatischen Schlachten die geschlagen, die Allianzen die geschlossen, die Gefolgschaften, die aufgekündigt werden selber Teil der blutigen Auseinandersetzung über die Hackordnung der imperialistischen Welt sind.

Zur selben Wahlkampfzeit, als der ehrenwerte Schröder den USA mit dem deutschen Frieden drohte, konnte man den Nachrichten Meldung wie diese entnehmen (aus der Tagesschau am 14.10.2002):

“Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) hat frühere Pläne für eine Stärkung der Position des Bundeswehr-Generalinspektors in die Tat umgesetzt. Der ranghöchste Soldat, bisher lediglich militärischer Berater der Bundesregierung, erhält damit die Kommandogewalt für die Einsätze der Streitkräfte. ...

Zudem wird der bisher machtlose "Führungsstab der Streitkräfte" laut "Spiegel" zu einem Generalstab aufgewertet. Um die politische Aufsicht über die Militärs besser sicherstellen zu können, werde dieser Stab, der zum Teil noch auf der Bonner Hardthöhe untergebracht ist, wohl bald komplett in den Berliner Bendler-Block umziehen."

Die Ankündigung, daß der Generalstab der Bundeswehr Kommandogewalt erhalten und in den Bendler-Block umziehen werde, machte das ehrenwerte Deutschland genau am 1. September, dem Gedenktag des faschistischen Überfalls auf Polen und des Beginns des zweiten Weltkriegs. Es machte diese Ankündigung zu genau derselben Zeit, als es großtuerisch wissen ließ, es werde sich dem Irak-Krieg der USA widersetzen. Es machte diese Ankündigung gegenüber den Völkern der Welt und der USA, die 1945 in Jalta, (- damals waren die Völker der Welt stark genug, um eine Koalition gegen das faschistische Deutschland zu erzwingen -) zusammen mit der Sowjetunion und Großbritannien beschlossen hatte:

“Wir sind entschlossen den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen”

Darauf beruhte das Potsdamer Abkommen. Es gilt noch immer.

Komm' ich, bei Cäsars Leichenzug zu reden.
 Er war mein Freund, war mir gerecht und treu:
 Doch Brutus sagt, daß er voll Herrschsucht war,
 Und Brutus ist ein ehrenwerter Mann.

Militarisierung von Staat und Gesellschaft

Militarization of State and Society

Bundeswehr und Wirtschaft

Dokument der Plenartagung des Zentralkomitees, Juli 2000

Die sozialdemokratisch geführte Regierung hat ein umfassendes Programm zur Militarisierung von Staat und Gesellschaft vorgelegt und wesentliche Bausteine dazu in einer Broschüre veröffentlicht: "Bundeswehr und Wirtschaft - Eine strategische Partnerschaft auf dem Weg in den modernen Staat", herausgegeben vom Bundesministerium der Verteidigung. Im Volk freilich sind diese Pläne (die z.T. bereits verwirklicht, zum Teil im Zuge der Verwirklichung sind) weitgehend unbekannt, bis weit in die Gewerkschaften hinein werden sie entweder nicht wahrgenommen oder völlig falsch interpretiert. Sie werden interpretiert als eine "Zivilisierung" der Bundeswehr und eben nicht als eine Militarisierung, als **vertragliche** Indienststellung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für die Kriegs- und Rüstungspläne des deutschen Imperialismus. [...weiter...](#)



Eine Demonstration mit zwei Panzerattrappen und Transparenten wie "Arbeiter, erkenne deine Macht" zog am Wochenende durch die Innenstadt. Am Reichstag durfte der "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" allerdings nicht wie ursprünglich geplant vorbeimarschieren. FOTO: ROLF ZÖLLNER

taz Berlin lokal Nr. 6860 vom 23.9.2002, Seite 22

ARBEITER erkenne DEINE Macht

**ZUR BUNDESTAGSWAHL
BERLIN**

21. September:
15 Uhr: Frankfurter Tor - Karl-Marx-Allee **16 Uhr:** Alex - Münzstraße - Alte Schönhauser Straße - Spandauer Straße - Unter den Linden **18 Uhr:** Brandenburger Tor

22. September:
11 Uhr: Brandenburger Tor - Unter den Linden - Friedrichstraße - Leipziger Straße - Ebertstraße - Straße des 17. Juni - Siegesallee
12 Uhr: Tauentzienstraße - Kurfürstendamm - Tauentzienstraße - Siegesallee - Straße des 17. Juni - gegen **17.30 Uhr:** Reichstag
 gegen **19 Uhr:** Brandenburger Tor

ARBEITERBUND FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER KPD

Am Tag der Bundestagswahl und am Tag der Bundestagswahl, am 21. und 22. September 2002, werden zwei Demonstrationen in Berlin durchgeführt. Die Demonstrationen sind eine Initiative des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD. Die Demonstrationen sind eine Initiative des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD. Die Demonstrationen sind eine Initiative des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD.

IX. Delegiertenkonferenz, 12., 13. Mai 2001, Ausgewählte Dokumente

"Tut nichts! Der Jude wird verbrannt!"

(Lessing, "Nathan der Weise")

Der Judenhaß - oder wie das großdeutsche Grundgesetz erweitert wird

Angesichts der Äußerungen eines Herrn Möllemann, der Jude selbst sei schuld am Judenhaß, hat Paul Spiegel einen Aufstand der Demokraten gefordert. Selbst in dieser Zeit der abgenutzten Worte erschrickt man doch noch: So heruntergekommen ist dieses Deutschland, daß ein Jude nicht mehr darauf vertrauen kann, dieser Staat würde ihn vor Möllemann schützen, wie es einfachste demokratische Pflicht ist. Darin haben Paul Spiegel und der Zentralrat der Juden auf fürchterliche Weise Recht: Nicht die Gesetze (es gibt sie, kein Staatsanwalt, kein Richter hält sich dran) geben unseren jüdischen Mitbürgern noch Schutz. Dazu braucht es inzwischen schon sehr viel mehr - einen Aufstand der Demokraten. Der Judenhasser Möllemann steht nicht dort wo er, wie jeder andere x-beliebige Betrüger, Vergewaltiger, Totschläger, hingehört - vor einem bürgerlichen Gericht. Stattdessen zieht Möllemann durch die Talkshows, Leitartikel und Feuilletons. In der Rolle die die deutschen Täter schon immer am liebsten eingenommen haben: In der Rolle der verfolgenden Unschuld. Das sei doch alles "nur" Wahlkampf um rechte Wähler an sich zu binden, beruhigen uns die Leitartikler. Umgekehrt ist es wahr: Möllemann erzeugt erst jene Judenhasser, die ihn und seine Partei dann wählen, eine "Spaßpartei", deren Spaß ganz offensichtlich darin besteht, brennende Synagogen mit Benzin zu löschen.

Möllemann muß beweisen, daß nur einer wie er im Herbst Außenminister des großen Deutschland werden kann. Sein Kurs hat System und Konjunktur. Die Schmierjournalisten und die Nadelstreifen vom Feuilleton klatschen sich vor Begeisterung auf die Schenkel. Da möchte auch die Kirche nicht zurückstehen: "Der Begriff des Antisemitismus werde in einer "viel zu überzogenen Weise vorgebracht" erklärte der katholische Bischofskonferenz-Vorsitzende, Kardinal Karl Lehmann (SZ 7.6.02) dem Zentralrat der Juden - denn, nicht wahr: die Juden haben doch unseren Herrn ans Kreuz genagelt? Das, du lieber Himmel, das wird man doch um der historischen Wahrheit willen doch noch sagen dürfen. Der Judenhaß hat schon längst die Stammtische verlassen, er ist zur deutschen Staatsdoktrin, zum Grundgesetz geworden: Der Zentralrat der Juden, hatte Kritik daran geäußert, daß Bundeskanzler Schröder am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, öffentlich mit einem anderen Judenhasser, dem zweitrangigen Schriftsteller Martin Walser auftrat. Ausgerechnet die Justizministerin Däubler-Gmelin sah es als ihre Aufgabe an, diese Kritik streng zurückzuweisen. "Die jüdische Gemeinde und der Zentralrat der Juden sollten sich ihre Äußerungen noch einmal "sehr deutlich" überlegen, hat die Dame gedroht, schließlich " Martin Walser ist, genau wie Ignatz Bubis es war, ein großer Deutscher. Martin Walser ist ein großer Schriftsteller" (SWR2-Tagesgespräch 08.05.2002).

Moderiert wurde das Gespräch zwischen Kanzler und Walser von einem Herrn Diekmann, dessen Qualifikation darin bestand, im Magazin "Die Zeit" die rhetorische Frage gestellt zu haben, "ob es nicht der jüdische Volkserweckungsglaube" war, durch den der Nationalsozialismus inspiriert wurde" (Berliner Morgenpost).

Bei diesem öffentlichen Gespräch mit dem Kanzler hat der Walser der Nation dann ihre Entstehung erklärt "Ohne Versailles kein Hitler - wer nicht begreift, daß dieses Verbrechen nur möglich war, unter den Bedingungen des Krieges, der wird nie begreifen, wie Auschwitz überhaupt möglich war".

Wenn Deutschland gedemütigt wird, dann rächt es sich durch Auschwitz und Weltkrieg. Merkt euch das, ihr Juden, merkt euch das, Wallstreet! Der Kanzler hat nicht widersprochen. Schließlich: Man riskiert hierzuland schon für weniger als 18% einen Krieg.

Können wir es wirklich hinnehmen, daß ein Möllemann im Leitartikel steht statt im Gefängnis sitzt? Wenn es einen Aufstand der Demokraten braucht um den Judenhass und den Judenhasser Möllemann anzuzeigen und vor Gericht zu bringen - dann muß es ihn geben. Um unsrer jüdischen Mitbürger und um unserer selbst willen je eher desto besser.

Mai 2002:

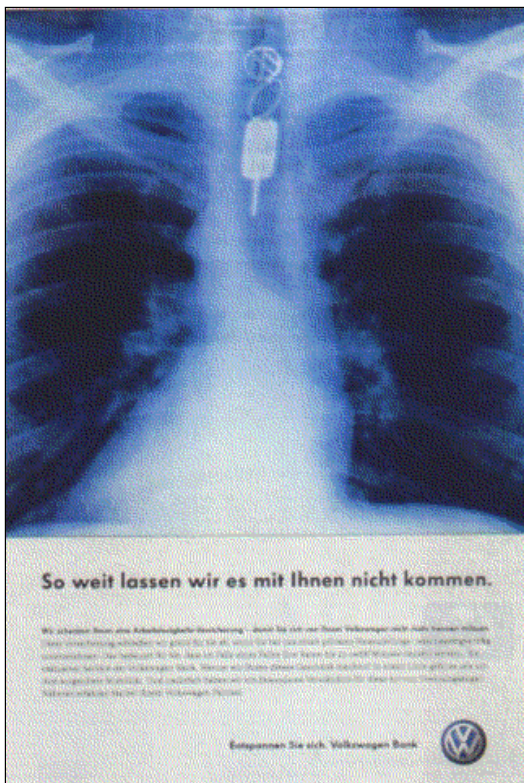
Eßt Volkswagen Oder:
Eine gute Durchleuchtung

Vom solidarischen Lohnverzicht über die Rentenkürzung bis hin zum Fremdenhaß wird der deutsche Arbeitslose von allerlei politischem Geschwergel in Anspruch genommen und ins Feld geführt. Dort gibt er wider Willen den Soldaten ab. An seiner Arbeitslosigkeit, mag er denken, ändert sich eh nichts.

In den heutigen Tageszeitungen konnte man eine Anzeige des Volkswagenkonzerns bewundern: Das Röntgenbild eines Brustkorbs. In der Speiseröhre steckt ein Autoschlüssel mit VW-Anhänger, darunter steht:

"So weit lassen wir es mit Ihnen nicht kommen. Wir schenken Ihnen eine Arbeitslosigkeits-Versicherung - damit Sie sich von Ihrem Volkswagen nicht mehr trennen müssen."

Nun könnte es durchaus sein, daß die



Arbeitslosen lieber selber entscheiden wer es mit ihnen wohin kommen läßt. Was uns jedoch umtreibt, ist die Botschaft der Anzeige - was wohl will Volkswagen dem Arbeitslosen damit sagen? Daß ein Volkswagen zur Not auch dann noch anspringt, wenn man den Schlüssel versehentlich runterschluckt? Daß Lohnverzicht der beste Konjunkturmotor ist, und wer sich keine Bratkartoffeln mehr kaufen kann, der soll halt seinen Volkswagen essen (was volkswirtschaftlich ohnehin sinnvoller ist)? Daß der Kraft-durch-Freude-Zündschlüssel in der Speiseröhre so gut ist wie es der Marschallstab im Tornister schon mal war? Wir wissen es nicht. Was wir wissen ist: das Herz gehört nach links. Und nicht nach rechts wie auf der Röntgenaufnahme.

P.S.: Kurze Zeit später setzt VW seine Anzeigenkampagne gegen die Arbeitslosen ungeniert fort: Gezeigt wird der Oberkörper einer jungen Frau. Eine Tätowierung auf dem Oberarm bringt zum Ausdruck, daß der Verlust ihres VW ihr das Herz bricht. Die Frau steht auf der Strasse, ihr Gesicht ist verborgen, man sieht nur die dünne Bluse. Die Frau macht eine Geste, als biete sie an, nicht nur die Bluse aufzuknöpfen, um die fällige Rate für ihren VW zu bezahlen. "Entspannen Sie sich" steht unter der Anzeige, damit es auch der Dummste versteht: Eher prostituiert eine arbeitslose Frau sich, als daß sie sich von ihrem VW trennt. Ein hübsches Beispiel jener Art politischer Pornographie, die hierzulande nicht unter den Jugendschutzparagraphen fällt. Eine Empörung kann dementsprechend entfallen.

1.Mai 2002:

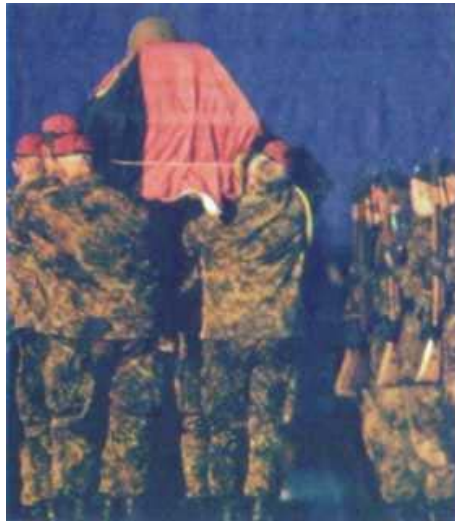


ARBEITER
aufgewacht
und erkenne
DEINE MACHT



März 2002:

Grabinschrift für den ersten toten Helden des grossen Deutschland



Hier liegt, mit einem Meter Heimerde auf dem Gesicht, der Held und Soldat Müller, gefallen am 6. März 2002 in Kabul, der Hauptstadt des fernen Afghanistan. Was er dort suchte, ist unbekannt. Was er dort fand, war sein Tod. Dieser könnte vielen eine Lehre sein, wiewohl man darauf besser keine Hoffnung setzt. Wird doch leichter der eigene Tod als Lehre genommen als der des Nachbarn. Scheint es doch einleuchtend und einkömmlich, die Waffen des grossen Deutschland gegen die armen Klassenbrüder Afghanistans zu richten.

Nicht der Soldat Müller wurde gebraucht, sein Tod wurde gebraucht. Für seine grösseren Verbrechen braucht das grössere Deutschland Helden. Denn die kommenden Verbrechen des grösseren Deutschland können nun endgültig nicht mehr so friedlich und heldenlos daherkommen, wie jenes erste, mit dem es das bessere Deutschland annektierte um eines zu werden und deshalb gewalttätiger.

Der Soldat Müller war der erste, dem sie den Sarg in schwarzrotgoldnes Tuch wickelten, und ihn als Helden begruben. Man hat Anlass zu befürchten, dass ihm viele folgen werden. Für jene, die zum Töten ziehen in die weit entfernten Länder, wird es bald nicht mehr genug schwarzrotgoldenes Tuch geben und keine Heimerde. Und am Ende werden sie nicht mehr im fernen Kabul töten und sterben sondern, wie schon einmal, im nahegelegenen Berlin. Und es wird keine Heimat mehr geben und kein schwarzrotgoldenes Tuch. Das wird gut so sein. Und es wird keine Erde mehr geben, und das wird schlecht sein.

Reparationen oder der Fall Distomo (Griechenland)

ÄRGER MIT DEM ERBE

Die Bundesrepublik Deutschland braucht Geld. Der letzte Angriffskrieg auf Jugoslawien ist noch nicht abbezahlt, die Auf- und Umrüstung der Bundeswehr für neue Interventionen muss finanziert werden und wie man weiß, begehrt so mancher Industriezweig im "Standort Deutschland" tatkräftige staatliche Unterstützung.

Doch es scheint, als nahe der Großmacht in Europa finanzielles Unheil. Trotz aller Bemühungen, die lästige Seite des faschistischen Erbes loszuwerden, will es einfach nicht klappen.

Nazi-Deutschland hat in zwölf Jahren mehr Unheil auf der Welt angerichtet, als es in 55 Jahren hätte wieder gutmachen können. Der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin fehlt(e) zur Wiedergutmachung schon der Wille.

[...weiter...](#)

ZUM ANTIKRIEGSTAG

POLEN IST NOCH NICHT VERLOREN

- WIEDER -



Die Deutschen sind wieder da.

Sechsfundfünfzig Jahre nachdem Hitlers "Generalgouvernement" in Polen unter den Schlägen der Roten Armee zusammenbrach.

[...weiter...](#)

● [Ho Chi Minh, geboren am 18. Mai 1890](#)

März 2000:



Befremdet zeigte sich Graf Lambsdorff darüber, daß die Amerikaner in der Diskussion über die nicht rassisch bedingten Vermögensschäden die Frage deutscher Kriegsreparationen wieder aufgeworfen hätten. Die Bundesregierung sei der Meinung, daß dieses Kapitel bei den westlichen Verbündeten abgeschlossen sei, wenn man einmal von Griechenland absieht.“ (Süddeutsche Zeitung, 10. März 2000)

Nichts ist abgeschlossen!

Sofortige Entschädigungszahlung an Zwangsarbeiter

und Anerkennung der Reparationspflichten!

Vor zehn Jahren hatten sie, hatten wir die Wahl!

- Entweder die DDR bleibt die DDR, und die Staatsgrenze zur BRD, ob mit oder ohne „Mauer“, bleibt die Grenze zwischen zwei deutschen Staaten.
- Oder ein „vereintes Deutschland“ übernimmt einen Schuldenberg von schätzungsweise 2 Billionen DM.

Nicht von oder wegen der DDR! Ganz im Gegenteil. Ohne die Reparationen, die die Deutsche Demokratische Republik „für Deutschland“ an von Hitlerdeutschland überfallene Länder schon geleistet hatte, wäre der Schuldenberg des „vereinten“ Deutschlands noch größer! Als (annektierter) Teil des „vereinten“ Deutschland ist die DDR also zweimal geschlagen: Einmal, weil sie schon für den Hitlerkrieg gezahlt hat (727,1 Milliarden DM zum Wert von 1989), und jetzt, weil sie für die von der BRD nicht geleisteten Reparationen gerade stehen muß!

[...weiter...](#)



Oktober 1999:



Alle reden von der Staatsverschuldung - wir nicht!

Wir reden vom ungeheuren Reichtum einiger Großbanken

Sie drängen ihrem Staat überschüssiges Kapital als Kredite auf, für die sie ungeheure Zinsen kassieren. Die Regierung der Berliner Republik verkauft diesen Raubzug der Banken unter dem Decknamen "Staatsschulden". Zum Wohle der Gläubigerbanken wurden dem Volk im letzten Jahr über 130 Milliarden Mark nur für Zinsen abgepreßt, das macht für jeden Werktätigen etwa 375,- Mark pro Monat. Die doppelte Summe wird zusätzlich für die Tilgung der Staatskredite aufgebracht, was das gesamte Lohnsteueraufkommen eines Jahres auffrißt. Die Folge: Es fehlen die notwendigen Gelder für den staatlichen Wohnungsbau und öffentliche Verkehrsmittel, für Kindergärten, Schulen und Gesundheitsfürsorge. Bahn,

Post, Elektrizitätswerke etc. fallen unter den Privatisierungshammer und überall fliegen hunderttausende Arbeiter auf die Straße, anstatt gesamtgesellschaftlich nützliche Arbeit zu leisten. Es gibt für uns keinen Grund, mit 30-Milliarden-Sparprogrammen weitere Zinsgelüste der Banken und Monopolkapitalisten zu befriedigen. Der Kampf der Arbeiter kann nur heißen:

Keinen Pfennig für Schuld- und Zinstilgung!

Sofortige Aussetzung der Zinszahlungen des Staates an die Gläubigerbanken!

Keine weitere Mark für die Umverteilung des Nationaleinkommens an die Gläubiger

Die Reichen und die Schöne

Das Volk versteht uns nicht. Wir, die Partei der "neuen Mitte" haben ein Vermittlungsproblem.



Der Kohl ist weg! Und mit ihm der "Standort Deutschland". Der 16 Jahre lang gut genug dafür war, daß das Volk zahlt und zahlt und selbst verarmt. Die Schröder-Regierung ist dran, und mit ihr kam der "Staatsbankrott" im zweitreichsten Land der Erde. Das Schreckensszenario wechselt mit der jeweiligen Regierung, die Ausplünderung des Volkes bleibt. [...weiter...](#)

Das Land, das für die Einheit steht oder Am Golde hängt...

Die Bomben schweigen und es herrscht d o c h Krieg. Menschen werden ermordet. Menschen fliehen ihr eigenes Land. Es sind jugoslawische Bürger des Jugoslawischen Landesteils Kosovo. Drei Monate nach dem Bomben. Der Bombenkrieg brachte dem Volk Zerstörung und Tod. Die darauf folgende Besatzung brachte den »Staat des deutschen Soldaten" (FAZ, 19.7.99). [...weiter...](#)



September 1999:

Das Alphabet des 4. Reichs

A wie Zwangsarbeiter, B wie Deutsche Bank, C wie Deutschtum

[...Der vollständige Text...](#)

August 1999:

Die Ausplünderung der Werktätigen oder Die Staatsverschuldung

Balkankonferenzen und Protektoratserklärungen

Erklärung Eine Bitte an die Völker Europas Liegt Troja unterm Kurfürstendamm?

Erklärung zum Tod von Ignatz Bubis



Alle Texte als
Broschüre (pdf
- 65kB)

Dokumente, Erklärungen des Zentralkomitees, Plenartagung August 1999

Juli 1999:

Zur Politik im Proletariat gegen den Krieg

Dieser Krieg wäre vom Proletariat verhinderbar gewesen. Bereits ein entschlossener Generalstreik hätte die Regierung gezwungen, aus dem Krieg auszuscheiden. Das Proletariat, das seinen Herren in diesen Krieg gefolgt ist bzw. nichts Entsprechendes getan hat, ihn zu verhindern, hat ihn bezahlt und wird ihn weiter bezahlen müssen. Das Proletariat in der BRD ist - wie auch die Proletariate Frankreichs, Großbritanniens und der USA - verpflichtet, durch seinen Kampf gegen die eigene Kriegsregierung den Kampf dafür aufzunehmen, daß ihre Länder die volle Reparation an Jugoslawien leisten. Nur dies ist ein proletarischer und internationalistischer Standpunkt.

[...weiter ...](#)

● [Krieg gegen Jugoslawien oder: Ein deutscher Frieden](#)
[Erklärung des Zentralkomitees Plenartagung Mai 1999](#)

[Text als RTF-Dokument \(32kB\)](#)



● [Gäbe es den deutschen Angriff auf Jugoslawien, wenn es die DDR noch gäbe?](#)

● [Schluß mit dem deutschen Angriffskrieg gegen Jugoslawien! \(24.3.1999\)](#)

● [Erklärung des Zentralkomitees, Dezember 1998: Warum das Holocaustdenkmal sofort errichtet werden muß](#)

[English version](#)

● [Zum Eintritt in die letzte Stufe der "Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion" \(EWWU\) und zur Einführung der "Europäischen Einheitswährung" \(Euro\)](#)

[RTF\(32kB\)](#)
[Español](#)
[English](#)

● ["Globalisierung" und "Neoliberalismus" - Der Kapitalismus erlebt keinen neuen Frühling - er stirbt unweigerlich](#)

Word:[deutsch \(23kB\)](#) [english \(41kB\)](#)

- [Kohl ist weg. Der Klassenkampf bleibt. Nichts ist erledigt! Flugschrift der Kommunistischen Arbeiterzeitung \(November 1998\)](#)

[RTF\(18kB\)](#)